

Presseinformation



Gutes Leben in Gesundheit und Krankheit

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) setzt sich für mehr Gerechtigkeit im Gesundheitswesen ein

Kreis We sel / Duisburg- West

()

, (

Der Sozialverband ließ jetzt seine Thesen von Fachleuten der Bertelsmann Stiftung, dem Institut für Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum NRW und dem Zentrum für Sozialpolitik der Uni Bremen kritisch untersuchen. Ausgehend von der KAB Bundeskampagne „Gutes Leben für alle“ setzt sich die KAB dafür ein, dass gutes Leben gleichbedeutend ist mit gesundem Leben, auf der Grundlage von Eigenverantwortung und Solidarität. „Arbeitnehmer, Familien und Kranke sind durch die rot-grünen Reformen derart belastet und verunsichert, dass wir diesen Menschen eine Plattform bieten möchten, auf der sie an der Seite der KAB für eine gerechte Gesundheitspolitik eintreten können“, so Mohr zu den Motiven des mit 42.000 Mitgliedern größten Diözesanverband Deutschlands. Wesentliche Eckpunkte der KAB-Positionen: Die Leistungen im Gesundheitswesen dürfen nicht weiter gekürzt werden; jeder Versicherte soll die medizinische Leistung erhalten, die er benötigt, um gesund zu werden und zu bleiben – unabhängig von Einkommen, Alter und sozialer Schicht. Außerdem müssen die Kosten gerechter verteilt werden: Jeder Einwohner ist in einer gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert und alle Einkünfte werden

zu Grunde gelegt. Die Experten nahmen zu den Gesichtspunkten, der Arbeitsmarktfaktor Gesundheit, der mündige Bürger im Gesundheitswesen und die zukunftssichere Finanzierung Stellung.

Stephan von Bandemer vom Institut für Arbeit und Technik betonte den Gesundheitsbereich als bedeutenden Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor mit enormen Wachstumsraten: „Die Versorgung kranker und pflegebedürftiger Menschen schafft fünf mal so viele Arbeitsplätze wie die Herstellung von Kraftfahrzeugen,“ führte von Bandemer aus. Somit tragen seiner Ansicht nach die Beschäftigten in der Gesundheitswirtschaft etwa das Vierfache zur Finanzierung der Sozialversicherungssysteme bei, wie die Beschäftigten der Automobilindustrie. Es gäbe allerdings auch große regionale Besonderheiten: „Der Unterschied zwischen den stärksten und schwächsten Regionen beträgt 10.000 Arbeitsplätze.“ Von Bandemer sieht den Gesundheitsbereich als zukunftsfähigen Wirtschaftsfaktor, der qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigt, um dieses Wachstum zu bewältigen. Die KAB wird den Arbeitsfaktor in einer eigenen Fachtagung diskutieren.

Robert Amhof, Projektmanager der Bertelsmann- Stiftung bestätigte dem KAB-Diözesanverband, dass Solidarität nach wie vor breite Zustimmung in der Bevölkerung fände. Er stützte seine Anregungen auf die Befragung von Ärzten und Versicherten, die u. a. Bedürfnisse von Versicherten erhebt. „Rund 75 % der Befragten bejahen die gesetzliche Krankenversicherung, bei der einkommensstarke für -schwache, junge für alte, gesunde für kranken Menschen eintreten. Die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern halten sogar knapp 80 % für vollkommen gerecht“, so sein Fazit. Auch der im KAB-Konzept geforderten gemeinsamen Entscheidungsfindung von Arzt und Patient und der größeren Transparenz im Gesundheitswesen stimmten dem Gesundheitsmonitor zufolge der überwiegende Teil der Befragten zu. Sehr differenziert reagieren Versicherte auf die Frage nach mehr Eigenverantwortung. Auf wenig Gegenliebe stoße die Zuzahlungen, Leistungskürzungen und höhere finanzielle Eigenbeteiligung. Es werde ganz genau nach der Gegenleistung gefragt. Für die KAB ist klar: „Wir treffen mit unserem Konzept für ein solidarisches Gesundheitssystem den Nerv der Bevölkerung“, freute sich der Bezirkssekretär Mohr.

Dr. Bernard Braun, Leiter des Zentrums für Sozialpolitik der Uni Bremen verwies auf die Risiken, die ein radikaler Systemwechsel, ob nun Bürgerversicherung oder Prämienmodell, mit sich bringe. Mit verschiedenen Einzelvergleichen, z.B. Arbeitgeberbelastung in Deutschland, England, Polen, Frankreich, Schweiz, wies er nach, dass die Gesetzliche Krankenversicherung nicht so schlecht ist, wie sie manchmal schlecht geredet wird. Er plädierte sehr dafür, das jetzige System mit seiner breiten Akzeptanz in der Bevölkerung zu verbessern. Die KAB befindet sich somit auf dem besten Wege, da das Konzept des solidarischen Gesundheitssystems keinen radikalen Systemwechsel vorsieht. „Alle Vorschläge der KAB sollen im jetzigen System verwirklicht werden“, so Mohr.

Der Verband wird das Thema Gesundheit weiterhin mit verschiedenen Aktionen wie Fachtagungen, Bildungsangeboten und einem Gesundheitswandertag in die Öffentlichkeit bringen. „Wir mischen uns in die Reformdebatte ein, setzen uns ein für mehr soziale Gerechtigkeit im Gesundheitssystem und werden unsere Positionen aktiv in den Bundeswahlkampf 2006 einbringen“, so Mohr über die Richtung der zukünftigen Verbandsarbeit.

Wesel, den 03.05.2005

KAB Regionalbüro Niederrhein
Martin Mohr
Bezirk Wesel
Sandstr. 24 46483 Wesel
Tel. 0281/ 164100 Fax 0281/ 1641010
Mohr@kab-niederrhein.de